

CHRISTOPH BUCHHEIM

WIRTSCHAFTLICHE HINTERGRÜNDE  
DES ARBEITERAUFGSTANDES  
VOM 17. JUNI 1953 IN DER DDR

Der 17. Juni 1953 markiert einen frühen Höhepunkt der Auflehnung der Völker gegen den Stalinismus. An diesem Tag brach sich die Opposition der Bevölkerung der DDR gegen das ihr nach dem Krieg von außen aufgedrungene Regime zum ersten und gleichzeitig für lange Zeit zum letzten Mal in einer für die herrschende Partei bedrohlichen Form Bahn. Nur das Eingreifen sowjetischer Truppen konnte damals den Sturz Walter Ulbrichts, des Generalsekretärs der SED, verhindern. Insofern blieb der Aufstand vom 17. Juni 1953 ein einmaliges Ereignis in der Geschichte der DDR, jedenfalls bis zum Herbst 1989, als eine völlig anders geartete Volkserhebung unter gänzlich veränderten Umständen der absoluten Herrschaft der einen kommunistischen Partei tatsächlich ein Ende bereitete. Es ist vorauszusehen, daß dieses Datum als singuläre, großartige Demonstration offenen Widerstandes in der DDR eine herausragende Rolle spielen wird bei der mit Sicherheit zu erwartenden historischen und publizistischen Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit Ostdeutschlands. Darüberhinaus wird ihm wahrscheinlich – ähnlich wie dem 20. Juli 1944 für Gesamtdeutschland – als Manifestation des „anderen Deutschland“ in der DDR eine wichtige Funktion zuwachsen.

Der folgende Aufsatz will und kann der nun möglich werdenden detaillierten Forschung nicht vorgreifen. Er basiert noch auf der eingeschränkten Grundlage des im Westen zugänglichen Aktenmaterials, das freilich insbesondere zu wirtschaftlichen Fragen der frühen Nachkriegszeit in der DDR einige sehr interessante Einsichten vermittelt. So ist denn auch die spezifische Fragestellung nach den wirtschaftlichen Hintergründen des 17. Juni zu erklären. Dazu soll eine These formuliert werden, die eventuell der weiteren Untersuchung dieses Themas einige nützliche Anregungen zu geben vermag.

In der bisherigen Forschung ist man sich einig, daß die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 ein Arbeiteraufstand war. An ihm beteiligte sich zwar nur eine Minderheit der Arbeiter von etwa 10% aktiv durch Streik, Demonstrationen und andere Protestaktionen, aber dabei handelte es sich gerade um die Arbeiter der sozialistischen Großbetriebe in den industriellen Zentren der DDR. Insofern wurde eben doch die Legitimationsbasis des SED-Regimes in einem Staat, der sich schon damals „Arbeiter- und Bauernstaat“ nannte, von Grund auf erschüttert. Übereinstimmung herrscht ebenfalls darin, daß die schwierigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen

der Arbeiter und der Bevölkerung insgesamt eine wichtige Rolle bei der steigenden Unruhe spielten. Daher ist auch verständlich, warum die seit Beginn des Jahres 1953 verstärkt geführte Regierungskampagne für eine Erhöhung der Arbeitsnormen bereits im Frühjahr vereinzelt Streiks provozierte. Dennoch ist Ende Mai eine Normenerhöhung administrativ verfügt worden. Überraschend beschloß das Politbüro der SED aber dann am 9. Juni 1953 den sogenannten „Neuen Kurs“ mit zahlreichen Abstrichen von der zuvor betriebenen harten Politik und vielen Konzessionen wirtschaftlicher Art an die Bevölkerung, insbesondere die Bauern und den gewerblichen Mittelstand. Zeugenaussagen belegen, daß dieser Kurswechsel auf massiven Druck Moskaus zurückging, wo nach dem Tod Stalins Bemühungen unternommen wurden, das Terrain für eine internationale Entspannung vorzubereiten, und in diesem Zusammenhang offenbar auch Diskussionen über die Liquidation der DDR als eigener Staat geführt worden sind. Der „Neue Kurs“ beseitigte jedoch nicht die Normenerhöhung, ja deren Notwendigkeit wurde sogar ausdrücklich noch betont. Das war denn der Zündfunke, der zum Aufstand der Arbeiter führte, die sich mit Recht als gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen benachteiligt fühlen konnten<sup>1</sup>.

Die kurze Skizze hat gezeigt, daß wirtschaftliche Faktoren in der Tat in hervorragender Weise an der Auslösung der Erhebung vom 17. Juni beteiligt waren. Ja, mehr als das, das Quellenmaterial legt die Formulierung folgender Hauptthese des Aufsatzes nahe: Die Abfolge der Ereignisse, die für den 17. Juni verantwortlich waren, wurde verursacht durch eine Kette ökonomisch-politischer Sachzwänge, die ohne radikalen Systemwechsel nicht grundsätzlich durchbrochen werden konnte. Dabei ist unter einem radikalen Systemwechsel das Ausscheren aus dem hier so genannten „System des Ostblocks“ zu verstehen. Dieses wurde hauptsächlich durch drei Kennzeichen charakterisiert:

- die Ideologie des Marxismus-Leninismus, die die Regierenden zu bestimmten konfliktverschärfenden Maßnahmen veranlaßte und gleichzeitig Denkschablonen zu deren Rechtfertigung bereitstellte;
- die Planwirtschaft mit ihren immanenten Ineffizienzen;
- die Dominanz der Sowjetunion, deren Ansprüchen die Satellitenländer und besonders die DDR unbedingt nachzukommen hatten.

In den folgenden drei Abschnitten werden die Effekte, die diese Systemelemente auf die Volkswirtschaft der DDR hatten, genauer dargestellt. Sodann wird in einem vierten Abschnitt ihr verhängnisvolles Zusammenwirken bei der Auslösung des 17. Juni analysiert und die These von dessen weitgehender systemimmanenter Zwangsläufigkeit erhärtet. Im letzten Abschnitt schließlich soll auf die Folgen des

<sup>1</sup> Siehe hierzu sowohl allgemeine Darstellungen der Geschichte der DDR als auch die Standardwerke zum 17. Juni: Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1985; Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Köln u. a. 1965 (Neuaufgabe 1983 mit einem Vorwort von Richard Löwenthal); Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), *17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982. Ein ähnliches Bild vermitteln auch zeitgenössische Beobachter, z. B. Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche à Colmar, Gouvernement Militaire Français de Berlin, carton 198, *Revue mensuelle de la vie sociale et économique de la zone soviétique du 1<sup>er</sup> juin au 31 juillet 1953*.

17. Juni eingegangen und gezeigt werden, daß auf prinzipielle Elemente der Politik von vor dem 17. Juni nicht verzichtet werden konnte, solange keine radikale Systemänderung stattfand. Es handelte sich bei diesen Elementen demnach tatsächlich um Sachzwänge, die notwendig aus der herrschenden Ordnung resultierten. Spannungen mußten also virulent bleiben, nicht nur in der DDR, sondern in allen Ostblockstaaten. Und gerade heute erzwingen sie nun, ausgehend von der Sowjetunion selbst, den Systemwechsel.

### *I. Die Ideologie und die Wirtschaft der DDR*

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der „Aufbau des Sozialismus“ proklamiert<sup>2</sup>. Allerdings wurden damals bereits 62% des Bruttoproduktionswertes der Volkswirtschaft von sozialistischen Unternehmungen erstellt. Lediglich in der Landwirtschaft und im Handwerk überwog der Anteil der privaten Betriebe noch den der sozialistischen, und zwar bei weitem<sup>3</sup>. „Aufbau des Sozialismus“ hieß demnach beschleunigte Ausmerzungen des Kapitalismus auch in diesen beiden Bereichen. Zu diesem Zweck wurde nun verstärkt der Zusammenschluß von Handwerkern und vor allem von Bauern in Handwerklichen bzw. Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) propagiert. Formal sollte er zwar auf freiwilliger Grundlage erfolgen, jedoch wurden faktisch in hohem Maße einerseits materielle Anreize zum Beitritt geboten und andererseits Druck ausgeübt. Dabei gehörten zu ersteren umfangreiche steuerliche Vergünstigungen für die Genossenschaften und ihre Mitglieder und, was die LPGs speziell betraf, die volle Versorgung mit Saatgut und Dünger, die bevorzugte Bedienung durch die Maschinenstationen sowie eine Senkung der Pflichtablieferungen um 10%<sup>4</sup>.

Gleichzeitig verschärfte man den Kampf gegen das sogenannte „Großbauerntum“, d. h. diejenigen Bauern, die Lohnarbeiter beschäftigten. Einen Höhepunkt stellte dabei die „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung“ vom 19. Februar 1953 dar<sup>5</sup>. Hiernach konnte Landwirten, die gegen Gesetze oder die Bestimmungen über ordnungsgemäße Bewirtschaftung verstoßen hatten, ihr Grund entzogen und an LPGs übergeben werden. Der vormalige Eigentümer und dessen Angehörige hafteten obendrein mit ihrem gesamten Vermögen für Aufwendungen, die zur Korrektur angeblicher Mißwirtschaft entstanden waren. Mit dieser Verordnung wurden der Willkür Tür und Tor geöffnet, wobei Steuerrückstände und Nicht-Erfüllung des Ablieferungssolls

<sup>2</sup> Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 70 ff.

<sup>3</sup> Institut für Zeitgeschichte (IFZ)-Archiv, Fg 44, Bd. 7, Volkswirtschaftliche Bilanzen, Bruttoproduktionswerte 1950–1953.

<sup>4</sup> Dokumente der SED, Bd. IV, S. 81 ff.: Beschluß des Politbüros vom 19. 7. 52; vgl. außerdem, auch für das Folgende, Reinhold Gerstenberg, Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in: SBZ-Archiv 4, 1953, S. 50 ff.

<sup>5</sup> Gesetzblatt der DDR 1953, S. 329 f.

häufig als Vorwand für die Enteignung und Verhaftung von Bauern dienten. In ähnlicher Weise ging man zudem auch gegen den privaten gewerblichen Mittelstand vor. Unter anderem infolge dieser Maßnahmen stieg die Fluchtbewegung gewaltig an. Während die Zahl der aus der DDR Flüchtenden im Monatsdurchschnitt 1950 bis 1952 ungefähr 15 000 betrug, schnellte sie im ersten Halbjahr 1953 auf 37 500, also mehr als das Doppelte, hoch. Und für die Ernährungslage in der DDR besonders verhängnisvoll war, daß auch viele Bauern ihr Land verließen und in die Bundesrepublik gingen<sup>6</sup>.

Anstatt daß es daraufhin zu einer Einschränkung der staatlichen Repression gekommen wäre, nahm diese eher noch zu. So wurde etwa auch der Kampf gegen die Evangelische Kirche bedeutend verschärft, Pfarrer wurden verhaftet und Mitglieder der Jungen Gemeinde von den Oberschulen relegiert. Dabei diente die Ideologie des Klassenkampfes zur Rechtfertigung der wachsenden Unterdrückung von Gesellschaftsschichten, die gemäß der Doktrin des Marxismus-Leninismus den Werktätigen antagonistisch gegenüberstehen. So hieß es etwa schon auf der 2. Parteikonferenz:

„Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht. Deshalb gilt es, die volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht ständig zu festigen. . . . Es ist zu beachten, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“<sup>7</sup>

## II. Planwirtschaftsimmanente Mängel

In einem Beschluß des ZK von Anfang Februar 1953 wurden u. a. folgende Mängel in der Wirtschaft der DDR aufgezählt: Rohstoffe würden gehortet und viel Ausschuß produziert. Es komme zu umfangreicher Verschwendung von Material und Arbeitskraft. Zeitverluste durch langen Stillstand von Maschinen infolge schlechter Organisation des Produktionsablaufs führten, um den Rückstand dann wieder einzuholen, zu Überstunden mit entsprechender Bezahlung, also zu einer unnötigen Erhöhung der Kosten<sup>8</sup>. Diese Mängel sind jedoch nicht, wie von den Machhabern immer wieder unterstellt, durch größere Leistungsbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung und bessere Planung zu beseitigen. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um typische Merkmale jeder Zentralverwaltungswirtschaft, die notwendig mit der weichen Budgetbeschränkung für sozialistische Betriebe, mit Planorientierung und dem Fehlen eines konsistenten Preissystems verbunden sind.

Der Begriff „weiche Budgetbeschränkung“ besagt, daß die Unternehmen in Planwirtschaften wesentlich vom Staat finanziert werden, der ihnen einen erheblichen

<sup>6</sup> Hans Schoeller, Alarmierende Zunahme der Zonenflucht, in: SBZ-Archiv 6, 1955, S. 309ff.; Baring, 17. Juni, S. 34 ff. (auch für das Folgende).

<sup>7</sup> Wie Anm. 2.

<sup>8</sup> Dokumente der SED, Bd. IV, S. 263 ff.

Teil ihrer Investitionsmittel aus dem Haushalt zuweist und Verluste abdeckt. Sozialistische Unternehmen können praktisch nicht in Konkurs gehen, und sie haben einen großen Anreiz, möglichst viele wirtschaftliche Ressourcen, die letztlich ja nicht sie bezahlen müssen, an sich zu binden. Besonders sichtbar wird das an den überfälligen Krediten des Staatsbanksystems für die volkseigene Wirtschaft, die in der DDR schon in den 50er Jahren in die Milliarden gingen<sup>9</sup>. Diese tragen nämlich entscheidend zur Finanzierung der permanenten Übernachfrage des Unternehmenssektors nach Inputs bei, was seinerseits zu Engpässen auf einzelnen Märkten führt. Die Erfahrung von Engpässen wiederum, die es unmöglich machen, daß man jederzeit bei Bedarf notwendige Betriebsmittel kaufen kann, verstärkten die Hortungsneigung enorm. Neue Engpässe entstehen, es kommt zur Eskalation der Engpässe.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß in Planwirtschaften die Materiallager bei den Unternehmungen generell sehr hoch sind. Und das galt auch für die DDR. So meldete etwa die Steinkohlenverwaltung Zwickau, nachdem im Jahre 1950 einmal eine exakte Erfassung aller Überplanbestände angeordnet worden war, allein für ihren Bereich überzählige Materialreserven von 7 Mill. Mark. Dabei muß man allerdings wohl davon ausgehen, daß der als normal angesehene und daher in die Meldung nicht einbezogene Lagerbestand sicher nicht zu knapp kalkuliert worden ist. Daß die volkswirtschaftliche Lagerhaltung insgesamt weit über das erforderliche Maß hinausging, war natürlich auch für die Regierenden kein Geheimnis. Nur so ist zu erklären, daß beispielsweise 1956 eine Erhöhung der Industrieproduktion um 8,6% geplant wurde, die zum wesentlichen Teil durch eine Senkung der Materialvorräte in den Betrieben, also per Saldo ohne große Neuzuteilungen von Rohstoffen, erreicht werden sollte<sup>10</sup>. Aber nicht nur Materialien, auch Arbeitskräfte wurden gehortet. In einem Revisionsbericht über die Bauwirtschaft hieß es etwa einmal, daß der Anteil der sogenannten unproduktiven Beschäftigten, d. h. vor allem der Angestellten, in der sozialistischen Bauindustrie 35% erreiche, in der privaten hingegen nur 13,5%<sup>11</sup>.

Die allenthalben vorhandenen Engpässe hatten einerseits einen vielfach gestörten Materialfluß zur Folge, der eine kontinuierliche Produktion oft verhinderte. Eben deshalb standen die Maschinen in den einzelnen Industriebetrieben häufig still, was dann durch Überstunden wieder wettgemacht werden sollte. Seinen beobachtbaren Niederschlag fand diese Tatsache in dem hohen Bestand an Halbfertigprodukten in der Volkswirtschaft<sup>12</sup>. Andererseits zwangen diese Engpässe immer wieder zur Improvisation, indem der an sich notwendige, aber nicht vorhandene Input durch

<sup>9</sup> Siegfried Friebe, *Das Kreditwesen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands* (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1958, S. 84 ff.

<sup>10</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 12, Steinkohlenverwaltung Zwickau, Materialversorgung im Jahre 1950, 16. 1. 51; ebenda, Bd. 7, Beschluß über die Aufgaben im Volkswirtschaftsplan 1956 vom 5. 12. 55.

<sup>11</sup> Ebenda, Bd. 17, Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle, Arbeitsgruppe Aufbau und Bauwirtschaft, Bericht, 16. 1. 56.

<sup>12</sup> Ebenda, Bd. 8, Kredit- und Bargeldumsatzplan der Deutschen Notenbank für das 1. Quartal 1956.

einen ähnlichen, aber doch nicht ganz passenden ersetzt wurde. Das war ein wichtiger Grund für die enorm große Ausschußquote. So soll in der Eisen- und Stahlindustrie bis zu einem Drittel Ausschuß produziert worden sein und bei Schienen teilweise sogar die Hälfte. Die große Menge unverkäuflicher Fertigwaren findet ebenfalls mindestens zum Teil auf diese Weise ihre Erklärung<sup>13</sup>.

Sowohl die gehorteten Materialien als auch die verlustbringenden hohen Lagerbestände an Halbfertig- und nicht absetzbaren Fertigwaren mußten aber finanziert werden, und dies geschah mit Hilfe der überfälligen Kredite. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß letztlich die in Marktwirtschaften nicht existierende Möglichkeit, relativ folgenlos bei der Rückzahlung erhaltener Kredite in Verzug zu geraten, auch eine wesentliche Ursache der beschriebenen Phänomene darstellte. Daß das Problem gesehen wurde, zeigt sich darin, daß es in den Quellen immer wieder benannt wird. Auf den Abbau der überfälligen Kredite im Bankensystem und der vielfältigen Überplanbestände bei den Betrieben richteten sich gewaltige Anstrengungen, ohne daß das je gelungen wäre. Es handelt sich eben klar um einen planwirtschaftsimmanenten Mangel, der letztlich nur durch die Härtung der Budgetbeschränkung der Unternehmen, also durch einen Systemwechsel, überwunden werden kann.

Ein zweites prinzipielles Kennzeichen des Planwirtschaftssystems liegt, wie gesagt, in der Planorientierung. Grundlage des Leistungsnachweises und damit der Prämierung und Sanktionierung ist der Soll-Ist-Vergleich. Das führt, falls die Erfüllung der Planaufgabe an den produzierten Mengen gemessen wird, zur bekannten Erscheinung der „Tonnenideologie“, die auch in der DDR weitverbreitet war. Veräterisch in dieser Hinsicht ist der schon zitierte Bericht der Steinkohlenverwaltung Zwickau von Anfang 1951, wo man lesen kann: „Für die durchzuführenden Reparaturen [konnten] in größerem Maße geeignete, zweckentsprechende Profile und Abmessungen [von Walzwerkserzeugnissen] verwendet werden . . ., so daß durch das Wegfallen von Überdimensionen eine nicht zu unterschätzende Materialeinsparung erfolgt ist.“<sup>14</sup> Bedeutet das doch nichts anderes, als daß nach wie vor teilweise nur übergewichtige Produkte erhältlich waren, eben weil deren Lieferanten auf diese Weise ihren Planaufgaben leichter nachkommen konnten – eine zentrale Ursache für Materialverschwendung. Daran ließ sich jedoch auch nichts ändern, wenn die Planerfüllung am Produktionswert gemessen wurde, jedenfalls solange dieser gemäß den Selbstkosten festgesetzt worden ist, wie in der Bauindustrie. Denn ein solches Vorgehen bot den Betrieben einen unwiderstehlichen Anreiz zu möglichst kostenträchtiger Produktion. Daher wurden bestimmte kostentreibende Faktoren bei einzelnen Objekten in den Abrechnungen verallgemeinert, geringe Auslastung von Maschinen störte niemanden und der Materialverschwendung konnte so ebenfalls nicht Einhalt geboten werden<sup>15</sup>.

<sup>13</sup> Ebenda, Bd. 13, Schienenimporte der DDR, 8. 3. 54; Axel Mohr, Die Eisen- und Stahlindustrie in der Sowjetzone, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 339 ff.; siehe auch die in Anm. 12 genannte Quelle.

<sup>14</sup> Vgl. Anm. 10.

<sup>15</sup> Wie Anm. 11.

Das Fehlen eines konsistenten, mit dem Weltmarkt korrespondierenden Preissystems ist der dritte grundlegende Mangel einer Zentralverwaltungswirtschaft. In der DDR wurden damals die Preise für Grundstoffe weitgehend auf dem Niveau von 1944 festgehalten, was erstens die ständige Subventionierung von deren Produktion und Import erforderte und zweitens ihrer Verschwendung von seiten der Verarbeiter noch Vorschub leistete, da sie zu billig waren. Die Industriegüterpreise sind dagegen lange Zeit entsprechend den Selbstkosten der einzelnen Betriebe bestimmt worden. Im Ergebnis gab es deshalb häufig nicht nur sehr verschiedene Preise für ein und dasselbe Produkt, je nachdem in welchem Unternehmen es hergestellt worden war, sondern die Preise überstiegen infolge des Fehlens von jeglichem Wettbewerb vielfach auch das Weltmarktniveau. Das machte seinerseits u. a. hohe Zuschüsse aus dem Staatshaushalt für die Ausfuhr notwendig. Jahr für Jahr stiegen so die Beträge, die zur Deckung von Außenhandelsverlusten aufzubringen waren, ganz davon abgesehen, daß man jedes rationalen Maßstabs zur Abschätzung der volkswirtschaftlichen Rentabilität des internationalen Güteraustauschs entbehrte<sup>16</sup>.

Die Kehrseite von Überplanbeständen, Planorientierung und inkonsistenter Preisstruktur war neben der schlechten Ausnutzung der zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen die niedrige Arbeitsproduktivität. In der DDR wollte man jedoch nicht wahrhaben, daß das ein unabänderliches Charakteristikum jeder Planwirtschaft ist, letztlich resultierend aus der im Vergleich zum Markt geringeren Kapazität des Planungssystems, Informationen zu generieren und zu verarbeiten, sowie aus der Tatsache, daß ohne die Schaffung einer Konkursmöglichkeit die Budgetbeschränkung im Unternehmensbereich prinzipiell weich bleiben muß. Statt einen Wechsel der Wirtschaftsordnung anzustreben, konzentrierte man sich deshalb auf direkte Mittel zur Erhöhung der Sparsamkeit und Produktivität des einzelnen Arbeiters. Demgegenüber lokalisierten die Arbeiter selbst die niedrige Produktivität zu Recht in der mangelhaften Arbeitsorganisation, dem Fehlen von Material und Werkzeugen usw., d. h. sie sahen ihre Ursachen als eher systembedingt an<sup>17</sup>.

Von oben aber wurden stark moralisierende Kampagnen für sozialistischen Wettbewerb in Form von Selbstverpflichtungen der Arbeiterschaft zu Planübererfüllung, zu besonderen Bemühungen für die Einsparung von Material und zu Qualitätsverbesserungen entfacht. Die ganze Aktivistenbewegung, als deren Symbol Adolf Hennecke aufgebaut worden ist, diente dem einen Ziel, nämlich durch erhöhte Anstrengungen jedes einzelnen Arbeiters die Mängel des Systems wenigstens partiell

<sup>16</sup> Vgl. zum Vorhergehenden Manfred Melzer, *Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials* (= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Beiträge zur Strukturforchung 59), Berlin 1980, S. 20; Wolfgang F. Stolper, *The Structure of the East German Economy*, Cambridge/M. 1960, S. 69f.; IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 9, Hauptabteilung Außenhandel, Protokoll über Besprechung über Preis- und Finanzfragen, 27. 6. 50; Axel Mohr, *Der Außenhandel der Sowjetzone*, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 170ff.

<sup>17</sup> Klaus Ewers/Thorsten Quest, *Die Kämpfe der Arbeiterschaft in den volkseigenen Betrieben während und nach dem 17. Juni*, in: Spittmann/Fricke, 17. Juni, S. 39.

auszugleichen<sup>18</sup>. Man akzeptierte jedoch sehr bald auch, daß ohne geldwerte Anreize eine dauerhafte Erhöhung der Leistungsbereitschaft kaum erreichbar sein würde. Diesem in der DDR sogenannten „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ mußte die anfänglich geförderte Tendenz zur Lohnnivellierung weichen. Man begann, den Leistungslohn zu propagieren, und zahlte Prämien für Planübererfüllung. Seit 1950 kam es ganz offiziell zu einer stark zunehmenden Lohndifferenzierung, zunächst indem weitere Lohngruppen geschaffen wurden. Mitte 1952 wurden dann nur die Löhne in den höchsten Lohngruppen erhöht, so daß sich das Verhältnis in der Bezahlung von einfacher zu qualifizierter Arbeit in den wichtigsten Industrien von etwa 1:2 auf 1:3,5 verschlechterte<sup>19</sup>.

In gewissem Widerspruch zur Steigerung des Arbeitsanreizes durch eine differenzierende Lohnpolitik verstärkten sich zusehends die Bemühungen des Regimes, die Arbeitsnormen heraufzusetzen. Das Mittel hierzu erblickte man in der Einführung technisch begründeter, d. h. auf exakter Zeitmessung bei optimaler Arbeitsorganisation beruhender Vorgaben. Zwar schien dieses Vorhaben insofern berechtigt zu sein, als die bestehenden Erfahrungsnormen vielfach regelmäßig weit übertroffen wurden. So soll etwa im Schwermaschinenbau über die Hälfte der Arbeiter ihre Normen mit 120 bis 150% erfüllt haben. Jedoch waren die Grundlöhne, gemessen an den Preisen, offenbar derart gering, daß häufig nur die durch eine solche Übererfüllung der Norm erreichten Lohnzuschläge einen ausreichenden Lebensstandard ermöglichten<sup>20</sup>. Daher rührte denn der latente Widerstand der Arbeiterschaft gegen jede Erhöhung ihrer Normen, die darin, entgegen den Versicherungen der SED, ein Mittel zur Lohnsenkung sah<sup>21</sup>. Vor dieser Konsequenz schreckte infolgedessen auch die Regierung lange zurück. In den im Mai 1952 erlassenen „Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technischer Arbeitsnormen“ wurde festgeschrieben, daß die neuen Normen in der Regel nicht zur Senkung des Arbeitsverdienstes führen dürfen<sup>22</sup>. Und tatsächlich scheint beispielsweise eine Normenerhöhung im Steinkohlenbergbau vom September 1950 mit einer überkompensierenden Lohnsteigerung verknüpft worden zu sein mit der Folge eines Anstiegs der Lohnsumme<sup>23</sup>. Eine solch konziliante Haltung war jedoch 1953 nicht mehr durchzuhalten, wie noch gezeigt werden wird.

<sup>18</sup> Goufried Dietrich, *Die Anfänge der Aktivistenbewegung*, Berlin (DDR) 1987, S. 154 ff.

<sup>19</sup> Dorothea Faber, *Einkommensstruktur und Lebenshaltung in der Sowjetischen Besatzungszone (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen)*, Bonn 1953, S. 24 ff.

<sup>20</sup> Baring, 17. Juni, S. 31 ff.; Alfred Leutwein, *Ursachen und Folgen der administrativen Normenerhöhung*, in: *SBZ-Archiv* 4, 1953, S. 186 ff.

<sup>21</sup> Wie Anm. 17; Weber, *Geschichte*, S. 237.

<sup>22</sup> *Gesetzblatt der DDR* 1952, S. 401 ff.

<sup>23</sup> *IfZ-Archiv*, Fg 44, Bd. 12, Jahresbericht 1950 der Steinkohlenverwaltung Zwickau.



### III. Folgen sowjetischer Dominanz

Als erstes sind unter dieser Überschrift die Reparationen und ihre Konsequenzen für die Wirtschaft der DDR zu behandeln. Zahlreiche Industrien wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit von umfangreichen Demontagen betroffen. Hierdurch verminderte sich etwa die Kapazität in der eisenschaffenden Industrie um drei Viertel, diejenige im Braunkohlenbergbau und der Brikettindustrie um ein Drittel<sup>24</sup>. Das war insbesondere deshalb gravierend, da der Stahl- und Energiebedarf des Gebietes der DDR ohnehin auch in der Vorkriegszeit bei weitem nicht aus eigener Produktion gedeckt werden konnte. So betrug – bei einem Anteil an der gesamten Industrieproduktion von 24% – die Rohstahlerzeugung der späteren SBZ 1936 nur 6,4 und die Steinkohlenförderung gar nur 2% der gesamtdeutschen, ein Defizit, was auch nicht durch die Tatsache ausgeglichen worden ist, daß die Braunkohlenproduktion über 60% erreichte. Es war daher kein Wunder, daß die nachmalige Sowjetzone (ohne Ostberlin) 1936 bei Steinkohle und Koks einen Importüberschuß von 9,6 Mill. t aufwies, von denen 5,4 Mill. in Westdeutschland gedeckt wurden. Bei Eisen und Stahl belief sich der Zuschußbedarf auf 1,3 Mill. t, wovon der größte Teil ebenfalls aus Westdeutschland kam. Die Abschottung der SBZ von den Westzonen nach dem Krieg, die Handel nur aufgrund von Interzonenhandelsabkommen in relativ eng begrenztem Rahmen und unter strikter Reglementierung zuließ, bedeutete demnach ein schwereres Handicap für die DDR als für Westdeutschland, das in der Vorkriegszeit vor allem leichter entbehrliche und leichter ersetzbare Güter der verarbeitenden Industrie aus dem Osten bezogen hatte. Nachdem 1947 immerhin noch 1,6 Mill. t Steinkohle und Koks und 225 000 t Eisen und Stahl aus dem Ruhrgebiet bezogen werden konnten, brachen diese Lieferungen an die SBZ infolge der Währungsreform und der Berlin-Blockade im Jahr 1948 ganz ab. Angesichts dieser ohnehin schwierigen Lage bedeuteten nun aber die sowjetischen Demontagen in der Grundstoffindustrie eine weitere außerordentliche Belastung für den Wiederaufbau in der SBZ<sup>25</sup>.

Das Interesse der Sowjets beschränkte sich jedoch nicht auf demontierte Anlagen. Vielmehr strebten sie auch große Entnahmen aus der laufenden Produktion der DDR an, die der Versorgung der Besatzungstreitkräfte und dem Wiederaufbau in der Sowjetunion selbst zu dienen hatten. Das hatte kurzfristig zur Folge, daß ostdeutsche Betriebe, die für die Erzeugung von Reparationsgütern herangezogen werden konnten, eine hohe Priorität bei der Zuweisung von Rohstoffen und Arbeits-

<sup>24</sup> Werner Matschke, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin 1988, S. 195.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 178 f.; Bruno Gleitze, Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland, Berlin 1956, S. 191 ff.; Pre-war Regional Interdependence and Post-war Interzonal Trade in Germany, in: UN Economic Commission for Europe, Economic Bulletin for Europe 1, 1949, Nr. 3, S. 25 ff.

kräften genossen<sup>26</sup>. 1946 wurden dann etwa 200 zumeist große Unternehmen, vor allem der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, in sogenannte Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt. Damit waren sie zwar der Demontage entzogen, gingen aber dennoch in das Eigentum der Sowjetunion über. In den folgenden Jahren produzierten sie auf deutschem Boden, mit deutschen Arbeitskräften und Zulieferungen im wesentlichen für die Bedürfnisse der Sowjetunion<sup>27</sup>. Darüber hinaus profitierten die Sowjets auch von Manipulationen der Verrechnungspreise im deutsch-sowjetischen Außenhandel<sup>28</sup>.

Die Produktion von Reparationsgütern war jedoch auf Dauer nicht ohne Vorleistungen möglich. Daher ordneten die Sowjets schon im Sommer und Herbst 1945 die beschleunigte Erzeugung von Maschinenersatzteilen an und reiheten die Brennstoffindustrie, die Elektrizitätswerke sowie Reparaturen am Transportsystem, das seinerseits durch Demontagen schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, in die Prioritätenliste ein. 1947/48 wurde außerdem neben dem Schwermaschinenbau auch die eischaffende Industrie vorrangig gefördert. Letztere entwickelte sich dann zum wichtigsten Schwerpunkt überhaupt<sup>29</sup>.

Trotz höchst ungünstiger natürlicher Voraussetzungen war die DDR also gezwungen, eine Schwerindustrie aufzubauen. Bis zu einem gewissen Grad war ein solcher Schritt wegen der einer Planwirtschaft innewohnenden Tendenz zur Autarkie zwar ohnehin zu erwarten gewesen. Das forcierte Tempo des schwerindustriellen Aufbaus war jedoch zumindest indirekt auch eine Folge der sowjetischen Politik, die durch die Berlin-Blockade zur Einstellung sämtlicher Lieferungen aus dem Westen geführt und damit die Verletzlichkeit der ostdeutschen Industrie offenbar gemacht hatte. Jedenfalls wurden für diesen Zweck gewaltige volkswirtschaftliche Ressourcen mobilisiert. Zwischen 1951 und 1953 etwa entfielen fast 60% des Zuwachses des Kapitalstocks der gesamten zentralgeleiteten volkseigenen Industrie auf die Sektoren Bergbau, Hüttenwesen und Energie, dagegen nur 2% auf die Leichtindustrie, obwohl die DDR gerade auf diesem Gebiet traditionell komparative Vorteile hatte<sup>30</sup>.

Eine weitere Konsequenz sowjetischer Dominanz war die Notwendigkeit zur Aufrüstung, der sich die DDR-Führung seit 1952 gegenüber sah. Denn die DDR konnte sich den verstärkten Rüstungsanstrengungen, die als Folge des Koreakriegs nicht nur im Westen, sondern – auf sowjetisches Drängen hin – auch im gesamten Ostblock unternommen wurden, nicht entziehen<sup>31</sup>. Das bedeutete aber eine erneute

<sup>26</sup> Wolfgang Zank, *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, München 1987, S. 97 ff.

<sup>27</sup> Matschke, *Industrielle Entwicklung*, S. 204 ff.

<sup>28</sup> Mohr, *Außenhandel der Sowjetzone* (wie Anm. 16).

<sup>29</sup> Zank, *Wirtschaft und Arbeit*, S. 27 f., 97 ff.

<sup>30</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, *Grundmittel 1951 bis 1957 der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie*.

<sup>31</sup> Baring, 17. Juni, S. 8 f.; Klaus Kellmann, *Der 17. Juni 1953 – Das Ereignis und die Probleme seiner zeitgeschichtlichen Einordnung und Wertung*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 34 (1983), S. 375; A bis Z. Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. Aufl., Bonn 1969: Schlagwort „Militärpolitik“.

unproduktive Verwendung ökonomischer Ressourcen für Heeresbauten sowie Armeeausrüstungen.

Schließlich mußte die DDR sich abrupten Änderungen der sowjetischen Politik rasch anpassen, auch wenn der Zeitpunkt dafür denkbar ungünstig war. Dieser Anpassungsdruck spielte, wie in der Einleitung erwähnt, eine hervorragende Rolle bei der überstürzten Ankündigung des „Neuen Kurses“ Anfang Juni 1953. Die daraus resultierende allgemeine Verwirrung ihrerseits war dann ein wichtiges Element bei der Auslösung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni<sup>32</sup>.

#### *IV. Das Zusammenwirken der systembedingten Zwänge bei der Zuspitzung der Lage vor dem 17. Juni*

Die Belastung der DDR aus Reparationsleistungen war Anfang der 50er Jahre noch immer sehr hoch. Allerdings ist ihre exakte Abschätzung mit Hilfe der verfügbaren Quellen schwierig. Immerhin stehen jedoch interne Listen einer DDR-Dienststelle über direkte Warenlieferungen an die Sowjets zur Verfügung<sup>33</sup>. Zwar dürften darin neben dem, was kostenlos übereignet und dementsprechend auf Reparations- und Besatzungslastkonto verbucht worden ist, auch Aufkäufe sowjetischer Handelsunternehmungen sowie Zulieferungen an die SAGs enthalten sein, wofür die Sowjets bezahlt haben, wenn auch nur die Preise von 1944<sup>34</sup>. Die dafür verwendeten Geldmittel stellten jedoch ihrerseits direkte oder indirekte Zuweisungen aus dem deutschen Staatshaushalt dar und stammten damit aus deutschen Quellen. Deshalb erscheint es berechtigt, die Gesamtheit aller in den aufgeführten Listen verzeichneten Warenlieferungen doch als letztlich unentgeltliche Entnahmen der Sowjetunion anzusehen. Dazu kam 1953 noch mehr als eine halbe Milliarde Mark an deutschen Zahlungen für die Wismut AG, die von den Sowjets gegründete Gesellschaft für den Uranerzbergbau in der DDR, die allein für den sowjetischen Bedarf produzierte, wofür der DDR nichts vergütet wurde<sup>35</sup>. Mindestens die gleiche Summe dürfte dafür auch in den Vorjahren aufgewandt worden sein. Alles in allem beliefen sich diese Belastungen 1952 und 1953 auf jeweils etwa 4 Mrd. Mark, d. h. auf rund 10% des produzierten Nationaleinkommens der DDR<sup>36</sup>. Jedoch ist, um vom produzier-

<sup>32</sup> Baring, 17. Juni, S. 42 ff.

<sup>33</sup> Siehe: Die Reparationen der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953. Eine Fortführung der Untersuchungen von Dr. Franz Rupp über die Reparationsleistungen der Sowjetischen Besatzungszone (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1954, Anlagen 1–3.

<sup>34</sup> Die sowjetische Hand in der deutschen Wirtschaft. Organisation und Geschäftsgebaren der sowjetischen Unternehmen (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen), Bonn 1953, S. 69.

<sup>35</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 18, Reparationen und Exporte der SBZD in die Sowjetunion, 5. 2. 54.

<sup>36</sup> Für das produzierte Nationaleinkommen siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 178. Von den dort angegebenen Zahlen sind noch die Verrechnungen für den Produktionsverbrauch in Höhe von etwa 4 Mrd. Mark abzusetzen; vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1969, S. 40.

ten zum im Inland verfügbaren Nationaleinkommen zu gelangen, außer dem genannten Betrag an sowjetischen Entnahmen auch noch der Außenhandelsverlust abzusetzen, der teilweise ebenfalls eine Folge der sowjetischen Dominanz, zum anderen Teil jedoch ein Effekt des planwirtschaftlichen Systems war. Dieser erreichte 1951 eine Summe von ungefähr einer Milliarde Mark und war bis 1953 bereits auf 2 Milliarden, also 5% des produzierten Nationaleinkommens, gestiegen<sup>37</sup>.

Vom im Inland verfügbaren Einkommen, das wegen der genannten Abzüge schon um 15% geringer war als das produzierte Nationaleinkommen, wurde nun aber Jahr für Jahr aufgrund von der Zentralverwaltungswirtschaft inhärenten Mängeln ein relativ großer Teil als nutzloser Überplanbestand akkumuliert. Genaue Zahlen dazu gibt es nicht. Einen Hinweis auf die relative Bedeutung dieses Sachverhalts liefert immerhin die Tatsache, daß nach der offiziellen Statistik 1952 – wie auch in den Jahren zuvor – die Lagerinvestitionen, die ja die Überplanbestände ganz wesentlich mitenthalten, mit 4,2% des verfügbaren Nationaleinkommens größer waren als die gesamten Nettoanlageinvestitionen im Bereich der materiellen Produktion, die nur 3,9% ausmachten<sup>38</sup>. Allerdings dürfte der Prozentsatz der in die Schwerindustrie geleiteten Nettoinvestitionen nicht unerheblich höher gelegen haben, weil deren Aufbau ja forciert wurde. Das aber bedeutet, daß es in anderen Bereichen sogar zu Desinvestition gekommen sein muß. Der insgesamt vorhandene Kapitalstock für die Produktion von Konsumgütern nahm in jener Zeit ab – und zwar über mehrere Jahre hinweg<sup>39</sup>.

Die Tatsache, daß erhebliche Teile des produzierten Nationaleinkommens entweder gar nicht für die inländische Bedarfsdeckung verfügbar waren, als Überplanbestand versickerten oder in die beschleunigte Ausweitung der Schwerindustrie investiert wurden, machte es notwendig, den Konsum niedrig zu halten. Es handelte sich dabei klar um einen vom „System des Ostblocks“ bedingten Sachzwang, der bis heute weiterwirkte, wenn sich auch das Mischungsverhältnis der einzelnen dafür verantwortlichen Elemente änderte und die planwirtschaftsimmanenten Ineffizienzen eine immer stärkere Rolle spielten. Der Hauptzweck der 1948 gegründeten HO-Läden war denn ursprünglich auch, durch weit überhöhte Preise für Mangelwaren mit Hilfe eines relativ kleinen Kontingents an Verbrauchsgütern den angesichts der herrschenden Umstände notwendig entstehenden Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung wieder abzuschöpfen<sup>40</sup>. So wollte man die beiden Ziele, Restriktion des gesamtwirtschaftlichen Konsums und Abwehr der Gefahr von offener oder versteckter Inflation, gleichzeitig erreichen. Tatsächlich betrug nach Wolfgang Stol-

<sup>37</sup> Mohr, Außenhandel der Sowjetzone (wie Anm. 16).

<sup>38</sup> Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, S. 184. Siehe auch Stolper, East German Economy, S. 437, wo der Anteil der Lagerinvestitionen am Sozialprodukt für die DDR im allgemeinen wesentlich höher beziffert wird als für die Bundesrepublik.

<sup>39</sup> Jörg Roesler/Veronika Siedt/Michael Elle, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945–1970, Berlin (DDR) 1986, S. 242.

<sup>40</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 9, Importbedarf der HO 1950; Bernhard Kühn, Der Verbraucher trägt die Last, in: SBZ-Archiv 5, 1954, S. 201 f.

per, der das ost- und westdeutsche Sozialprodukt auf der Basis der Preise von 1936 neu berechnete und direkt vergleichbar machte, die Konsumquote in der DDR 1952 lediglich 44%, in der Bundesrepublik hingegen 58%. Außerdem belief sich das Pro-Kopf-Produkt der DDR in jenem Jahr auf nur 915 Mark (Preise von 1936), in der Bundesrepublik aber auf 1375 Mark. Aus diesen beiden Angaben folgt: 1952 betrug der Pro-Kopf-Konsum in Ostdeutschland etwas über 400, in Westdeutschland jedoch fast 800 Mark<sup>41</sup>. Der durchschnittliche Verbrauch je Einwohner war 1952 in der DDR also um beinahe die Hälfte geringer als in der Bundesrepublik. Und bei dieser Rechnung ist die vielfach wesentlich schlechtere Produktqualität noch gar nicht berücksichtigt.

In dieser durch sowjetische Entnahmen, Außenhandelsverluste, forcierten Aufbau der Schwerindustrie und ein ineffizientes Plansystem gekennzeichneten, sehr schwierigen Situation mußte sich die DDR ab 1952 nun auch noch an der von der Sowjetunion geforderten Aufrüstung des Ostblocks beteiligen. Es war absehbar, daß das zu enormen Problemen führen würde. Und Probleme tauchten in der Tat schon bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplans für 1953 auf. Es ergab sich nämlich ein Defizit, das nur zu decken gewesen wäre entweder durch eine weitere Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung, durch Kürzung der eigentlich geplanten Rüstungsausgaben oder durch Auslandskredite, die nach Lage der Dinge nur von der Sowjetunion erbeten werden konnten. Im Politbüro der SED kam es darüber im Herbst 1952 zum Konflikt. Gegen jede dieser Alternativen erhoben sich gewichtige Stimmen, so daß zunächst keine definitive Entscheidung gefällt wurde<sup>42</sup>. Anfang Dezember 1952 nahm man dann aber doch einen revidierten Planentwurf an. Darin war ein Ausgleich des Defizits vorgesehen u. a. durch drastische Kürzungen des Importplans und damit der Exportnotwendigkeiten sowie durch eine Erhöhung der Konsumgüterproduktion um 500 Mill. Mark zur Wiederabschöpfung von Bargeldauszahlungen an die Bevölkerung. Die Aufrüstung wurde aber offenbar im ursprünglichen Umfang eingeplant. Das war jedoch keine echte Lösung, da die Produktionssteigerung bei den Konsumgütern wohl zu niedrig angesetzt und obendrein unrealistisch war angesichts des Faktums, daß beispielsweise die vorgesehenen Baumwolleinfuhren um 5000 t gekürzt wurden. Ein starker Warenmangel im Einzelhandel zeichnete sich also bereits ab<sup>43</sup>.

Tatsächlich blieb die Planerfüllung in wichtigen verbrauchernahen Bereichen im ersten Halbjahr 1953 zurück, so bei Geweben und Untertrikotagen um 10%, bei Schuhen um 16%, um 6% bei Papier und um mehr als 30% bei Ziegelsteinen und Dachziegeln<sup>44</sup>. Im geplanten Soll-Umsatz des Handels ergab sich ein außerordentlicher Fehlbetrag, der sich allein bei Textilien und Bekleidung vom ersten bis zum

<sup>41</sup> Stolper, *East German Economy*, S. 437, 440.

<sup>42</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 7, Besprechungen über den Volkswirtschaftsplan 1953, 10. 11. 52.

<sup>43</sup> Ebenda, Neuer Entwurf für den Volkswirtschaftsplan 1953.

<sup>44</sup> Ebenda, Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1953.

dritten Quartal 1953 auf 440 Mill. Mark belief<sup>45</sup>. Noch gravierender als der Mangel an industriell hergestellten Verbrauchsgütern wirkte sich die Mißernte des Jahres 1952 aus. Sie war eine Folge schlechter Witterungsbedingungen, aber auch der aus ideologischen Gründen betriebenen Sozialisierungskampagne in der Landwirtschaft, die viele Bauern zur Flucht veranlaßt hatte. Zusätzlich verschärft wurde das Defizit an Lebensmitteln für die Bevölkerung noch durch die Anlage größerer Staatsreserven und die steigenden Anforderungen des Militärs. Jedenfalls brach 1953 in der DDR eine Ernährungskrise aus, die mit den Zuständen in der frühen Nachkriegszeit vergleichbar war<sup>46</sup>.

Das „System des Ostblocks“ hatte damit zu einer Situation geführt, in der das Regime zu den verschiedensten Notmaßnahmen greifen mußte, um einerseits den allgegenwärtigen Mangel zu verteilen und andererseits den im Zuge der Versorgungskrise anschwellenden Geldüberhang abzuschöpfen, so daß ein neuerlicher Geldschnitt vermieden werden konnte. So sah ein Beschluß des ZK der SED von Anfang Februar 1953 u. a. die Beseitigung von überplanmäßigen Fertigwarenbeständen bei den Betrieben vor, vermutlich wie schon 1952 einmal durch Zwangsabsatz, um auf diese Weise das Volumen überfälliger Kredite und damit die Geldmenge zu vermindern<sup>47</sup>. Ab Mai 1953 wurden an die meisten privaten Gewerbetreibenden und deren Angehörige, insgesamt etwa 2 Millionen Menschen, keine Lebensmittelkarten mehr ausgegeben, so daß diese Bevölkerungsgruppe ausschließlich auf den wesentlich teureren Einkauf in den HO-Läden angewiesen war<sup>48</sup>. Teilweise wurden Beiträge zur Sozialversicherung erhöht, verschiedene Fahrpreisermäßigungen bei der Reichsbahn gestrichen, es kam zu Preissteigerungen<sup>49</sup>.

Last not least sollten die auszubezahlenden Lohnsummen vermindert werden. Deshalb sind Lohnzuschläge gekürzt und Rückstufungen in niedrigere Lohngruppen vorgenommen worden<sup>50</sup>. Darüberhinaus wurde eine Kampagne für freiwillige Normenerhöhung entfesselt, in deren Verlauf fast täglich Meldungen über diesbezügliche Beschlüsse von Arbeitern einzelner Betriebe in der Presse erschienen sind. Der hauptsächliche Zweck dieser Kampagne bestand nun – angesichts der kritischen Lage nur zu verständlich – eindeutig darin, auf dem Weg über eine Steigerung der Arbeitsnormen die durchschnittlichen Löhne zu senken. Der Ministerrat widerrief denn auch ausdrücklich die weiter oben zitierte Bestimmung der im Jahr zuvor erlassenen „Richtlinien zur Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen“, wonach in der Regel keine Minderung des Arbeitsverdienstes infolge einer Normenerhöhung eintreten sollte. In seinem Beschluß vom 28. Mai

<sup>45</sup> Ebenda, Bd. 8, Sitzung des ZK der SED über die Wirtschaftslage der SBZD, 15. 10. 53.

<sup>46</sup> Baring, 17. Juni, S. 34 ff.; Karl Wilhelm Fricke, Der Arbeiteraufstand. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, in: Spittmann/Fricke, 17. Juni, S. 8 f.

<sup>47</sup> Dokumente der SED, Bd. IV, S. 263 ff.; IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 7, Finanzplanung für das Rechnungsjahr 1952.

<sup>48</sup> Gesetzblatt der DDR 1953, S. 543; Baring, 17. Juni, S. 36.

<sup>49</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 1, Übersicht vom 3. 6. 53.

<sup>50</sup> Faber, Einkommensstruktur, S. 35 f.; Ewers/Quest, Kämpfe der Arbeiterschaft, S. 39.

1953 stellte er nämlich fest: Die Klausel, „daß bei Erhöhung grundsätzlich falscher Normen ein Lohnausgleich gezahlt [wird], ... widerspricht dem Leistungsprinzip und muß korrigiert werden“<sup>51</sup>. Die Arbeiter jedoch leisteten wiederum Widerstand gegen Normenerhöhungen und damit verknüpfte Lohnkürzungen<sup>52</sup>. Daraufhin beschloß das ZK der SED am 14. Mai 1953 eine allgemeine obligatorische Steigerung der Arbeitsnormen um mindestens 10%<sup>53</sup>, und diese Entscheidung wurde zwei Wochen später vom Ministerrat bestätigt. Damit verließ das Regime also die bis dahin praktizierte Vorsicht in der Normenfrage, was nochmals deutlich werden läßt, wie verzweifelt die wirtschaftliche Lage gewesen sein muß. Daß das Dekret eine Reaktion auf den aufflammenden Widerstand der Arbeiterschaft war, der eine „freiwillige“ Normenerhöhung nur mit Hilfe gelinden Drucks nach wie vor unerreichbar sein ließ, wurde in der Verfügung indirekt angedeutet, wenn es dort hieß: „Die Leitungen der Betriebe und der Wirtschaftsorgane schenkten der Ausarbeitung und Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen ungenügende Aufmerksamkeit, und überließen diese bedeutungsvollen Fragen dem Selbstlauf.“<sup>54</sup>

In dieser höchst labilen Lage schlug nun das Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953, das unter dem Namen „Neuer Kurs“ einen abrupten politischen Wechsel ankündigte, wie eine Bombe ein und führte zu großer Verwirrung unter den Parteifunktionären<sup>55</sup>. In dem Kommuniqué wie auch in der entsprechenden Entschließung des Ministerrats vom 11. Juni wurden Fehler von SED und Regierung zugegeben, die jedoch erkannt worden seien und nun korrigiert werden sollten. Als Ursache für diese Fehler nannte die Entschließung des Ministerrats, „daß erhebliche Mittel im Staatshaushalt für Aufwendungen in Betracht gezogen wurden, die nicht im Fünfjahrplan vorgesehen waren. Außerdem wurden für das nächste Planjahr vorgesehene Aufgaben zum Teil in das Planjahr 1953 einbezogen und bestimmte Teile des Fünfjahrplans wurden zugunsten der Entwicklung der Schwerindustrie zu früh von 1955 auf 1952 und 1953 verlagert.“<sup>56</sup> Das hauptsächliche Ziel des „Neuen Kurses“ war die Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, was durch Korrekturen am Plan für die Schwerindustrie ermöglicht werden sollte. Begünstigt wurden insbesondere die Bauern und der Mittelstand. Im einzelnen sind die folgenden Maßnahmen ins Auge gefaßt worden: Rücknahme des Beschlusses über die Nicht-Ausgabe von Lebensmittelkarten an bestimmte Kreise der Bevölkerung, Rückgabe von enteigneten Höfen, Betrieben und sonstigen Vermögens, Aussetzung der Eintreibung rückständiger Steuern, Förderung von mittelständischen Unternehmern und Bauern durch Hingabe von Krediten, Senkung der Preise mancher Waren in den HO-Läden. Außerdem sollten der Kampf gegen die Kirche beendet und zahlreiche Gerichtsurteile überprüft werden.

<sup>51</sup> Gesetzblatt der DDR 1953, S. 781 ff.

<sup>52</sup> Fricke, Arbeiteraufstand, S. 9; Leutwein, Ursachen und Folgen der administrativen Normenerhöhung (wie Anm. 20); ders., Betriebskollektivverträge nach Diktat, in: SBZ-Archiv 4, 1953, S. 132 f.

<sup>53</sup> Dokumente der SED, Bd. IV, S. 410 ff.

<sup>54</sup> Wie Anm. 51.

<sup>55</sup> Wie Anm. 32. Das Kommuniqué ist abgedruckt in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 428 ff.

<sup>56</sup> Neues Deutschland, 12. 6. 53.

Angesichts der damit eingeleiteten Politik der Konzessionen war die Erwartung der Arbeiter nur zu berechtigt, daß nun auch die Normenerhöhung hinfällig sei. Sie ist jedoch bitter enttäuscht worden. Im Gegenteil, die Beibehaltung der dekretierten Steigerung der Arbeitsnormen wurde sogar noch betont und gerechtfertigt. Zwar war das, rein von der Sache her betrachtet, gar nicht abwegig, denn durch die nicht gerade billigen Konzessionen an den Mittelstand wuchsen die Gefahren des Geldüberhangs ja noch. Zusätzliche Konsumgüter waren auch bei Förderung der selbständigen Unternehmer nicht so schnell zu produzieren, wie es voraussichtlich zur weiteren Ausweitung des Geldumlaufs kommen würde. Ohnehin hegte man in der Plankommission erhebliche Zweifel an der Durchführbarkeit der Beschlüsse zum „Neuen Kurs“. Dennoch verriet das Festhalten an der Normenerhöhung wenig politisches Fingerspitzengefühl, wurden dadurch doch in einem „Arbeiterstaat“ die Arbeiter offensichtlich gegenüber den „Kapitalisten“ benachteiligt. Die Empörung der Arbeiter darüber führte am 16. Juni zu ersten Demonstrationen in Ostberlin. Die daraufhin erfolgte Rückgängigmachung der Normenerhöhung in verklausulierter Form kam jedoch zu spät. Der Arbeiteraufstand nahm seinen Lauf<sup>57</sup>. Und wenn auch der unmittelbare Auslöser in der Ungeschicklichkeit der politischen Führung bestand, so waren doch seine tieferliegenden Ursachen, wie dargestellt, systembedingt.

#### V. Die Folgen des 17. Juni

Die sofortige Konsequenz des Arbeiteraufstandes auf wirtschaftlichem Gebiet war, daß nun die Arbeiter verstärkt in die Konzessionspolitik einbezogen worden sind. So nahm das ZK der SED in seiner Entschließung vom 21. Juni 1953, in der die Erhebung zunächst als das Ergebnis einer faschistischen Provokation bezeichnet wurde, die Steigerung der Arbeitsnormen in eindeutiger Form zurück, indem es bestimmte, daß von sofort an den Lohnabrechnungen die Normen, die am 1. April 1953 in Kraft waren, wieder zugrunde zu legen seien<sup>58</sup>. Weiterhin wurden die Lohnrückstufungen, die seit Anfang des Jahres vorgenommen worden waren, aufgehoben<sup>59</sup>. Es kam zu Lohnerhöhungen speziell in den unteren Lohngruppen, von denen also die große Mehrheit der Arbeiter, die hier eingestuft war, profitierte<sup>60</sup>, und zusätzliche Preisherabsetzungen wurden verfügt<sup>61</sup>.

All diese Maßnahmen dienten dazu, die Arbeiter zu befrieden. Diese Wirkung

<sup>57</sup> Baring, 17. Juni, S. 47 ff.; Martin Jänicke, Krise und Entwicklung in der DDR – Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: Hartmut Elsenhans/Martin Jänicke (Hrsg.), Innere Systemkrisen der Gegenwart. Ein Studienbuch zur Zeitgeschichte, Reinbek 1975, S. 153 ff.

<sup>58</sup> Dokumente der SED, Bd. IV, S. 436 ff.

<sup>59</sup> Gesetzblatt der DDR 1953, S. 888.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 885 ff.

<sup>61</sup> Siehe Entschließung des ZK der SED vom 26. 7. 53, Dokumente der SED, Bd. IV, S. 449 ff., hier speziell S. 462; vgl. auch Bekanntmachung des Beschlusses über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Handels, Gesetzblatt der DDR 1954, S. 699 ff.



war letztlich aber nur dann zu erzielen, wenn den weiter vergrößerten Geldbeständen in Händen der Bevölkerung eine reale Deckung in Form eines stark verbreiteten Angebots an Konsumgütern verschafft werden konnte. Dem diente kurzfristig die Freigabe der Staatsreserve an Lebensmitteln sowie die Umwidmung von der Armee vorbehaltenen Produkten, wie beispielsweise einem bestimmten Quantum von Stoffen, für den zivilen Bedarf<sup>62</sup>. Zudem strebte man eine Steigerung der Importe, vor allem von Nahrungsmitteln, gewerblich hergestellten Konsumgütern, aber auch von Rohstoffen, an. Zu diesem Zweck gewährte die Sowjetunion nun endlich einen größeren Kredit<sup>63</sup>. In der Tat belief sich die Einfuhr aus der Sowjetunion bereits im Juni 1953 auf mehr als das Doppelte des Durchschnitts der Monate Januar bis Mai zuvor, und sie hielt sich im Juli und August auf annähernd der gleichen Höhe<sup>64</sup>.

Daneben unternahm man noch verschiedene Schritte mit dem Ziel, die Erzeugungsmöglichkeiten für Verbrauchsgüter in der Zukunft auszuweiten. So verzichtete die Sowjetunion in einem Protokoll vom August 1953 ab 1954 auf weitere unmittelbare Entnahmen aus der laufenden Produktion der DDR<sup>65</sup>. Eigentlich vorgesehene Rüstungsausgaben wurden zurückgestellt<sup>66</sup>. Auch versuchte man, nachträglich bestimmte Änderungen im Volkswirtschaftsplan 1953 vorzunehmen. Dabei zeigte sich aber, daß ein rasches Umsteuern der Produktion teilweise undurchführbar war. Es gelang zwar, die Bruttoerzeugung in der Metallurgie im zweiten Halbjahr 1953 etwa entsprechend den geänderten Vorgaben zu senken und diejenige von Geweben, Leder und Schuhen zu steigern, jedoch im Maschinenbau oder bei der Herstellung von Nahrungsmitteln wurde eher der alte als der neue Plan erfüllt<sup>67</sup>. Ein flexibleres Verhalten scheint die Regierung dagegen von der Privatwirtschaft erwartet zu haben. Jedenfalls sollte vorrangig diese für die Produktion zusätzlicher Konsumgüter eingespannt werden<sup>68</sup>.

Zu beachtlichen Umschichtungen kam es bei den Investitionen. Diese sind in der Lebensmittel- und der Leichtindustrie stark erhöht worden. Bei letzterer allein betrug der Anlagenzuwachs 1954 125 Mill. Mark, d. h. das Dreieinhalbfache des Wertes von 1953. Hingegen wurde der Ausbau der eisenschaffenden, Maschinenbau- und Chemieindustrie drastisch eingeschränkt. Zwar lagen die Investitionen in diesen Branchen auch 1954 und 1955 generell über denen in der Leicht- und

<sup>62</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 1, Übersicht vom 30. 7. 53; ebenda, Bd. 9, Maßnahmen einzelner Ministerien im Sinne des „Neuen Kurses“.

<sup>63</sup> Ebenda, Bd. 9, Steigerung des Imports; ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 26. 8. 53; ebenda, Bd. 10, Sowjetische Lebensmittelhilfe für die DDR.

<sup>64</sup> Ebenda, Bd. 9, Zusammenstellung der Deutschen Notenbank über den Außenhandel der SBZD.

<sup>65</sup> Wie Anm. 33, Anlage 4.

<sup>66</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Finanzielle Auswirkungen der letzten Beschlüsse der Regierung der DDR, 13. 6. 53.

<sup>67</sup> Ebenda, Bd. 7, Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1953; ebenda, Bd. 14, Planung und Planerfüllung 1953 in der Maschinenindustrie der SBZD, 31. 3. 54; ebenda, Bd. 10, Planung und Planerfüllung in der Lebensmittelindustrie der SBZD, April 1954.

<sup>68</sup> Ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 14. 7. 54.

Lebensmittelindustrie, jedoch hatten sich die jeweiligen Niveaus deutlich angenähert<sup>69</sup>. Allerdings führten die Investitionsumschichtungen auch zu gewaltigen volkswirtschaftlichen Verlusten. Denn infolge zahlreicher Auftragsstornierungen stiegen die Überplanbestände insbesondere beim Maschinenbau sprunghaft an. Man veranstaltete daher für diesen Industriezweig eine große Auktion von nicht mehr benötigten fertigen und halbfertigen Waren, wo Preisnachlässe bis zu 80% gewährt wurden. Und der nicht verkaufte Rest wurde gar verschrottet, um die Materialdecke der DDR-Wirtschaft ein wenig zu vergrößern<sup>70</sup>.

Es gelang jedoch trotz allem nicht, die Produktion von Konsumgütern rasch in dem erhofften Ausmaß zu steigern. Infolgedessen wuchs der Geldüberhang rapide an. Belief er sich Mitte 1953 auf ungefähr 0,5 Mrd. Mark, so hatte er sich bis Ende 1954 um eine Milliarde auf 1,5 Mrd. Mark erhöht<sup>71</sup>. Vermutlich lagerten beim Handel auch zu dieser Zeit recht erhebliche Warenbestände, die sich aber als unverkäuflich erwiesen und deshalb ungeeignet waren, die überschüssige Kaufkraft zu absorbieren<sup>72</sup>. Und ein Versuch der Emission von Wertpapieren durch die Deutsche Notenbank zur Bindung des Geldüberhangs war ein völliger Mißerfolg<sup>73</sup>. Zu groß war offensichtlich das Mißtrauen der Bevölkerung gegen den eigenen Staat. Daher wurde eine Zwangsanleihe erwogen. Denn nicht nur der Kaufkraftüberhang bereitete Sorge, sondern auch die Lage des Staatshaushalts war zunehmend mehr angespannt. Aufgrund des Lohnanstiegs blieben nämlich die Gewinnabführungen der Betriebe zurück, ja immer mehr Unternehmen arbeiteten unrentabel und belasteten damit das Budget, anstatt es zu entlasten<sup>74</sup>. Außerdem nahmen die Außenhandelsverluste weiter zu. Das setzte seinerseits der Exportoffensive und damit der Importkapazität definitive Grenzen. Dabei war der Einfuhrbedarf gestiegen, und zwar nicht nur für Konsumgüter, sondern – als Folge der mit dem „Neuen Kurs“ einhergehenden Drosselung des Ausbaus der Schwerindustrie – etwa auch für Rohstahl. Jedenfalls sah der Importplan für 1954 mehr als das Doppelte der Stahleinfuhr des Jahres 1953 vor<sup>75</sup>.

<sup>69</sup> Wie Anm. 30.

<sup>70</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 14, Beseitigung von Überplanbeständen bei den Betrieben der Maschinenbauministerien, 4. 11. 53.

<sup>71</sup> Ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 24. 11. 54; ebenda, Bd. 8, Gefahr einer finanztechnischen Krise in der SBZD, 1. 12. 54.

<sup>72</sup> Im Frühjahr 1956 jedenfalls traf die Deutsche Notenbank in ihrem Quartalsbericht folgende Feststellung: „Die vorhandenen Bestände an Konsumgütern übersteigen volumen- und wertmäßig bei weitem den bei der Bevölkerung noch vorhandenen Teil der nicht realisierten Geldeinnahmen. Dieser Kaufkraftüberhang kann jedoch nicht mit den vorhandenen Konsumgütern restlos beseitigt werden, weil diese hinsichtlich der Qualität und des Sortiments nicht in allen Teilen den inzwischen gewachsenen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.“ Siehe IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Kredit- und Bargeldumsatzplan der Deutschen Notenbank für das 1. Quartal 1956. Damit wurde ein grundlegendes und dauerhaftes Problem jeder Zentralverwaltungswirtschaft angesprochen.

<sup>73</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Angespannte Lage des Staatshaushalts der SBZD, 20. 8. 54.

<sup>74</sup> Ebenda; siehe auch: Gerd Friedrich, Die Generallinie der sowjetzonalen Wirtschaftspolitik, in: SBZ-Archiv 6, 1955, S. 100 ff.

<sup>75</sup> Mohr, Außenhandel der Sowjetzone (wie Anm. 16).

Es trat erneut ein Dilemma der Wirtschaftspolitik in der DDR zutage: Die relativ geringe, nur langsam steigerbare Importkapazität machte kurzfristig die Abschöpfung der überschüssigen Geldbestände über schnell zunehmende Einfuhren unmöglich und erforderte mittelfristig die weitere Ausweitung der eigenen schwerindustriellen Produktion. Daher konnte der reale Konsum nicht rasch erhöht, ja er mußte sogar, um die Finanzierung der Schwerindustrie sicherzustellen, bald wieder gedrosselt werden. Das aber bedeutete, die Gefahr des Geldüberhangs war letztlich ohne einen erneuten Politikwechsel nicht zu bannen, der „Neue Kurs“ konnte nicht lange durchgehalten werden. Und tatsächlich trat die nächste Wende in der Wirtschaftspolitik der DDR bereits gegen Ende 1954 ein. Bereits im November jenen Jahres wurde wiederum ein Propagandafeldzug für größere Rentabilität der Wirtschaft gestartet, in dessen Verlauf es abermals zu Gehalts- und Prämienkürzungen, verschärfter Steuereintreibung und Normenerhöhung kam<sup>76</sup>. Schon im Volkswirtschaftsplan für 1956 räumte man zudem der Schwerindustrie erneut Priorität ein<sup>77</sup>. Änderungen im Wirtschaftsmechanismus sollten die Eigenfinanzierung der Unternehmen verbessern, und mit Hilfe der Einführung der von der betrieblichen Gewinnsituation unabhängigen Produktionsabgabe erstrebte man eine größere finanzielle Unabhängigkeit des Staatshaushalts<sup>78</sup>. Das Problem des Kaufkraftüberhangs konnte andererseits nur durch eine erneute Geldumtauschaktion im Jahr 1957 zeitweilig gelöst werden<sup>79</sup>.

Die wirtschaftlichen Zwänge, die zum Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 entscheidend beigetragen hatten, blieben der DDR also auch danach im wesentlichen erhalten. Allerdings wurde immer mehr das Planwirtschaftssystem zum hauptsächlichen Hindernis einer schnellen Lebensstandarderhöhung der Bevölkerung, was jedoch solange nicht geändert werden konnte, wie die Sowjetunion ihre Hegemonie über Osteuropa nicht lockerte. Jedoch hatte man insofern aus dem 17. Juni gelernt, als man in wiederholten krisenhaften Zuspitzungen der wirtschaftlichen Lage nun ein wenig elastischer reagierte<sup>80</sup>. Auch wurde mit den schlagkräftigen Betriebskampfgruppen ein zuverlässiges Repressionsinstrument auf Unternehmensebene geschaffen. Und schließlich dürfte der Mißerfolg des Aufstandes vom 17. Juni selbst dazu beigetragen haben, daß die Menschen sich eher in ihr Schicksal fügten. Der „Rückzug in die Privatsphäre“ war ja ein häufig konstatiertes Phänomen in der Gesellschaft der DDR. All das trug jedenfalls dazu bei, daß ein erneuter, das Regime gefährdender Ausbruch des Volkszorns lange vermieden werden konnte.

<sup>76</sup> IfZ-Archiv, Fg 44, Bd. 8, Wirtschaftslage in der SBZD, 29. 4. 55; ebenda, Vorbereitungen zur Normenerhöhung in der SBZD, 26. 5. 55; ebenda, Gehaltskürzungen und Steuereintreibungen in der SBZD, 22. 6. 55; vgl. auch ebenda, Bd. 1, Übersicht vom 24. 11. 54.

<sup>77</sup> Ebenda, Bd. 7, Beschluß über die Aufgaben im Volkswirtschaftsplan 1956 vom 5. 12. 55.

<sup>78</sup> Beschluß des ZK der SED vom 27. 10. 55; Dokumente der SED, Bd. V, S. 445 ff., hier S. 485.

<sup>79</sup> Weber, Geschichte, S. 297.

<sup>80</sup> Siehe ebenda, S. 283; Jänicke, Krise und Entwicklung, S. 161 f.